



Carl C. H. Sanders

Anlegerschutz bei Delisting zwischen Kapitalmarkt- und Gesellschaftsrecht

Eine Untersuchung zum deutschen Recht unter Berücksichtigung des britischen und US-amerikanischen Rechts

Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht, Band 108

289 Seiten, 2017

Print: <978-3-428-15309-1> € 79,90

E-Book: <978-3-428-55309-9> € 71,90

Print & E-Book: <978-3-428-85309-0> € 95,90

Der Anlegerschutz bei Delisting ist durch die im November 2015 in Kraft getretene Neuregelung in § 39 Abs. 2–6 BörsG nF in jüngster Vergangenheit vollständig neu justiert worden und wirft zahlreiche bislang ungeklärte Fragen auf, denen sich Carl Sanders in seiner Arbeit widmet. Nach Aufgabe der Macrotron-Grundsätze durch die Frosta-Entscheidung des BGH im Oktober 2013 hat der Gesetzgeber in § 39 Abs. 2–6 BörsG nF nunmehr eine rein kapitalmarktrechtliche Schutzregelung vorgesehen. Es erfolgt eine umfassende Untersuchung der Neuregelung des Anlegerschutzes bei Delisting. Zudem werden Lösungsvorschläge für die sich im Rahmen der praktischen Anwendung stellenden Fragen entwickelt, insbesondere im Zusammenhang mit dem nun grundsätzlich zwingend erforderlichen Erwerbsangebot und der zu veröffentlichenden Angebotsunterlage. Hierzu werden auch Erkenntnisse aus einem Rechtsvergleich zum US-amerikanischen und britischen Recht herangezogen.

Inhalt

1. Einführung

2. Definition und Erscheinungsformen des Delistings: Delisting als Beendigung der Börsenzulassung — Erscheinungsformen des Delistings — Themeneingrenzung

3. Interessenkonflikte bei Delisting: Initiatoren eines Delistings — Motive und Interessen bei einem Delisting — Interessen der Aktionäre

4. Entwicklung des Anlegerschutzes bei Delisting in Deutschland: Macrotron-Grundsätze — Die Abkehr von Macrotron in Downlisting-Fällen — Die Macrotron-Regeln auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand — Die Aufgabe der Macrotron-Grundsätze durch Frosta

5. Gesetzliche Regelung des Anlegerschutzes bei Delisting in § 39 Abs. 2 bis Abs. 6 BörsG: Rechtspolitische Diskussion und Entstehungsgeschichte — Überblick über die Regelung des Delistings in § 39 Abs. 2 bis Abs. 6 BörsG — Verortung des Anlegerschutzes im Kapitalmarktrecht — Abfindungsregelung — Partielles Delisting — Erfassung des Downlistings — Rechtsschutz

6. Rechtsvergleichende Aspekte: USA — Großbritannien — Ergebnis des Rechtsvergleichs — Folgen für die Bewertung des deutschen Rechts

7. § 39 Abs. 2 BörsG in der praktischen Anwendung: Vorgaben der Börsenordnungen — Ermessensentscheidung der Börsengeschäftsführung — Entbehrlichkeit der Angebotspflicht — Anwendbarkeit der Verfahrensvorschriften des WpÜG in Delisting-Situationen — Verhältnis der Veröffentlichung nach § 10WpÜG zu der Ad-hoc-Publizitätspflicht aus Art. 17 MAR — Auskunftsansprüche gegen den Emittenten — Parallele Anlegerschutzmechanismen

8. Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen

Literaturverzeichnis

Sachwortregister